

Sighard Neckel

Das Dilemma der sozial-ökologischen Gleichzeitigkeit

Als der Weltklimarat (IPCC) am 20. März 2023 seinen letzten *Synthesebericht* zum Stand der Erderwärmung veröffentlichte, war einmal mehr der Schrecken in der Öffentlichkeit groß, zeigte der IPCC doch abermals auf, wie rasend schnell die Klimakrise voranschreitet, die unser aller Lebensgrundlagen bedroht und dabei die Ärmsten und die am wenigsten Verantwortlichen am härtesten trifft. Aber nicht allein die vielen schlechten Nachrichten zur Zerstörung des Erdsystems sorgten dafür, dass erneut die Zukunft des Planeten in dunkelsten Farben ausgemalt werden musste. Als mindestens ebenso deprimierend wurde öffentlich wahrgenommen, dass – wie der Newsletter *Climate.Table* zum Erscheinen des Berichts kommentierte – »wir eigentlich alles gleichzeitig machen müssen, wenn wir das Schlimmste verhindern wollen«.

Tatsächlich hatte der IPCC konstatiert, dass »schneller und weitreichender Wandel in allen Sektoren und Systemen notwendig [ist], um tiefgreifende und anhaltende Emissionsreduktionen zu erreichen und eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu sichern«. Jede noch so geringe Zunahme der globalen Erwärmung werde die Risiken des Klimawandels drastisch erhöhen, Kaskaden vermutlich nicht beherrschbarer Ausnahmestände auslösen, Anpassungsoptionen unwirksam machen und das Zeitfenster schließen, in dem eine Abwendung schwerster ökologischer Krisen und Katastrophen noch möglich sei. Zudem würden sich die in diesem Jahrzehnt getroffenen Entscheidungen nicht allein auf unsere Gegenwart und die nahe Zukunft auswirken, sondern »für Tausende von Jahren« den Zustand des Erdsystems bestimmen.

An diese Aussagen schloss der IPCC einen umfangreichen Maßnahmenkatalog an, der so gut wie keinen Bereich in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auslässt und in all diesen Bereichen durchgreifende und in den meisten Fällen sofortige Schritte zur Eindämmung der globalen Erwärmung fordert. Hierzu gehören unter anderem die rasche Dekarbonisierung der Industrie, die Umstellung des Finanzsektors auf nachhaltige Investments, emissionsarme Energieversorgung, Mobilitätssysteme und Infrastrukturen, eine biodiverse Landwirtschaft und weltweiter Gewässerschutz, der ökologische Umbau von Städten, eine strikte Klima-Governance in allen politischen Institutionen, soziale Schutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zur Steigerung von Resilienz sowie schließlich Konsumreduktionen und »Verhaltens- und Lebensstiländerungen«.

Ein unwahrscheinlicher Wandel

Was hier Regierungen, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor abverlangt wird, geht über alles hinaus, was moderne Gesellschaften bisher an gesellschaftlichem Wandel erlebt haben, und dies in gleich mehrfacher Hinsicht: Veränderungen sollen nicht inkrementell, also allmählich in einzelnen Schritten vollzogen werden, sondern disruptiv, das heißt unmittelbar und als Abbruch bisheriger Entwicklungspfade; nicht als ein selbstläufiger und im Ganzen nicht planbarer Prozess, sondern beabsichtigt und gesteuert; nicht als Abfolge gesellschaftlichen Wandels in einzelnen Bereichen zu verschiedenen Zeiten, sondern als Gleichzeitigkeit notwendiger Transformationen in allen Gesellschaftsbereichen auf einmal.

Wie unwahrscheinlich ein solcher Gesellschaftswandel ist, zeigt ein Blick in die moderne Gesellschaftsgeschichte. Gesellschaftliche Veränderungen haben sich zumeist als eigendynamische Prozesse vollzogen, deren komplexe Folgen kaum jemand vorhersehen konnte und die vielfach unbeabsichtigt und bisweilen auch unerwünscht waren. Was zum Beispiel das World Wide Web bedeutet, hat zunächst kaum jemand erraten können. Noch 2001 prophezeiten manche Zukunftsforscher ein baldiges Ende des Internetbooms.¹ Gesellschaftliche Veränderungen verliefen zudem häufig schleichend, in langsamen Schritten und wurden oft erst bemerkt, wenn sie eigentlich schon längst eingetreten waren. So konstatiert die zeitgeschichtliche Forschung, dass der kulturelle Umbruch im Westen, der sich mit »1968« verbindet, bereits in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eingesetzt hatte.² Für einen solchen schleichenden Wandel stellen Kriege und Revolutionen gewisse Ausnahmen dar, doch auch für sie gilt, dass ihre Folgen sich kaum je mit den Erwartungen deckten, die sich mit diesen einschneidenden Ereignissen verbanden. Schließlich blieben auch in Phasen beschleunigten Wandels viele Lebensbereiche stabil, während andere nach kurzer Zeit kaum wiederzuerkennen waren. Die Globalisierung der Märkte, die nach 1990 eingesetzt hat, dringt auch bis heute nicht überall in die letzten Ecken lokaler Lebenswelten vor.

Die »Große Transformation« hingegen, wie der geforderte Umbruch der gesamten Wirtschafts- und Lebensweise allgemein heißt,³ beabsichtigt auf

1 *Heute vor 20 Jahren: Zukunftsforscher prophezeien Ende des Internetbooms.* In: *Der Standard* vom 2. März 2021 (www.derstandard.de/story/2000124571379/heute-vor-20-jahren-zukunftsforscherprophezeien-ende-des-internet-booms).

2 Vgl. Wolfgang Kraushaar, *Achtundsechzig. Eine Bilanz.* Berlin: Propyläen 2008.

3 Zum Stand der Diskussion vgl. Karl-Werner Brand, »Große Transformation« oder »Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit«? In: *Leviathan*, Nr. 49/2, Januar 2021;

breiter Front einen geplanten Wandel in kurzer Zeit, da inkrementelle Veränderungen zu langsam und zu ungewiss sind, als dass sie die Erderwärmung zumindest noch unter 2 Grad halten könnten. Überdies verlangt sie nach simultanen Umbrüchen quer durch alle Sektoren hindurch, da es praktisch keinen einzigen Gesellschaftsbereich gibt, der nicht in eigener Weise zur Klimakrise beitragen würde. Im Zeitalter des Anthropozäns sind die Ursachen der globalen Erwärmung so umfassend und vielschichtig mit menschlichen Aktivitäten verwoben, dass kaum eine Handlungssphäre vom schnellen Veränderungsdruck ausgenommen werden kann. Diesen simultanen Ursachen des Klimawandels entsprechen seine verhängnisvollen Folgen, die in den pessimistischsten Prognosen der Klimaforschung als »simultane Mega-Krisen« beschrieben werden. Durch die Verkettung gleich mehrerer Kippunkte könnten sie ein »Climate Endgame«⁴ einleiten, mit katastrophalen Konsequenzen für das Erdsystem und die planetaren Lebensgrundlagen.

Treibhaus der Konflikte

Die Große Transformation befindet sich somit in einem Zirkel von Gleichzeitigkeiten: So gut wie alle tragenden gesellschaftlichen Systeme führen mit ihren Emissionen in der Summe einen Klimawandel herbei, der seinerseits die Gestalt untereinander verketteter simultaner Extremereignisse annehmen kann. Hierauf vermag eine Politik des Klimaschutzes nur so zu reagieren, dass sie versucht, all diese Systeme gleichzeitig zu verändern.

Nicht erst in seinem *Synthesebericht* vom März 2023 hat der IPCC diesen Zirkel beschrieben, von dem wir nicht wissen, ob er sich nicht vielleicht als ein Teufelskreis herausstellen wird. Auch seine vorherigen Sachstandsberichte haben gleichzeitige Umbrüche in allen Sektoren gefordert, weil nur solche der multiplen Ursachen der Klimakrise Herr werden könnten. Und auch andere Stimmen im Klimadiskurs argumentieren in einer vergleichbaren Weise. So hat in Deutschland etwa das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Klimaschutz davon gesprochen, dass im Interesse der »Schonung künftiger Freiheit« »in allen Lebensbereichen (Produktion, Dienstleistung, Infrastruktur, Verwaltung, Kultur und Konsum)« Entwicklungen eines ent-

Carsten Kaven, *Die »Große Transformation« als große Illusion? Über die Wahrscheinlichkeit des Notwendigen*. In: *Leviathan*, Nr. 50/1, Januar 2022.

⁴ Vgl. Luke Kemp u. a., *Climate Endgame: Exploring catastrophic climate change scenarios*. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences*, Nr. 119/34 vom 23. August 2022.

schlossenen Klimaschutz einsetzen müssten, um den notwendigen Übergang zur Klimaneutralität noch rechtzeitig genug einzuleiten.⁵

Der Schlüssel zur Großen Transformation liegt dabei heute bei den Gesellschaften selbst, wie vom Weltklimarat bis zum Bundesverfassungsgericht zahlreiche Stellungnahmen zur Klimakrise lauten. Naturwissenschaftlich gäben der Klimawandel und seine Bekämpfung keine unlösbaren Rätsel mehr auf, auch wenn die Prognosen zu seinen Auswirkungen eine gewisse Bandbreite aufweisen. Technologisch wären genügend Verfahrensweisen vorhanden, um Energieversorgung, Produktionsstätten und Infrastrukturen zu dekarbonisieren. Finanziell lägen für Investitionen in Nachhaltigkeit weltweit immense Kapitalsummen bereit, wobei der Weltklimarat beklagt, dass ökologisch ausgerichtete Finanzströme bisher völlig unzureichend sind. Was aber vor allem fehle, sei der politische Wille, die vorhandenen Instrumente des Klimaschutzes auch wirksam einzusetzen, sowie die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür, die Große Transformation tatsächlich in Angriff zu nehmen.

Diese Voraussetzungen wären gegeben, wenn in den Gesellschaften weitgehend Einigkeit über die Vorrangigkeit des Klimaschutzes und über eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise herrschte. Davon kann aber nicht die Rede sein. Stattdessen stellen sich Klimaschutz und Nachhaltigkeit als hochumstrittene Themen dar – nicht allein in der politischen Sphäre zwischen Parteien, Wählerschaften, Institutionen, Interessensverbänden und der Klimabewegung, sondern auch in der Gesellschaft selbst, zwischen verschiedenen Sozialmilieus, unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen, kulturellen Bedürfnissen und normativen Wertvorstellungen. Die ungeheure Bandbreite der Großen Transformation bringt augenscheinlich ebenso mannigfaltige Konflikte hervor, die buchstäblich bei jeder einzelnen Maßnahme in jedem nur denkbaren Lebensbereich für heftige Auseinandersetzungen sorgen. Da bei einem umfassenden ökologischen Umbau der Gesellschaft nun wirklich alles mit allem zusammenhängt, erzwingt er, mit vielen artikulationsstarken Interessen in der Gesellschaft zugleich in den Streit treten zu müssen und überall Widerstände zu provozieren.

Einen Vorgeschmack davon geben die zahlreichen Konflikte, die in Deutschland gegenwärtig ausgetragen werden, nachdem zumindest Teile der Ampel-Regierung den Klimaschutz endlich etwas forcieren. Energiekosten, Heizungsgesetz, CO₂-Preise und Klimageld; Kohleausstieg, Windräder, Stromtrassen und Ausbau der Erneuerbaren; Tempolimit, E-Mobilität und städtischer Autoverkehr sind zu kontroversen Top-Themen

⁵ BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021, Rn. 248 (2).

geworden, begleitet von medial aufgeheizten Debatten um Fleischverzehr und vegane Ernährung, Flugreisen und Massentourismus, Konsumwahn und Öko-Bigotterie, um Verzicht und Verbote. Unzählig die Aufrufe, dass man Wirtschaft, Politik und Gesellschaft beim ökologischen Umbau nicht »überfordern« dürfe und alle Bevölkerungsgruppen »mitnehmen« müsse.

Die Notwendigkeit, alles auf einmal ändern zu müssen, führt dazu, dass auf einmal über alles gestritten wird. Die Klage über die »Überforderung« mag dabei auch strategische Gründe haben, um sich dem ökologischen Veränderungsdruck besser entziehen zu können. Doch stellt sie nichtdestotrotz die Beschreibung einer realen Problemsituation dar, die man nicht von der Hand weisen kann. Wann sind moderne Gesellschaften je in einer vergleichbaren Situation gewesen, in der von den Regeln des Wirtschaftens über die technische Infrastruktur bis zum persönlichen Lebensstil alles auf einmal zur Disposition steht?

Transformationsforschungen

Gesellschaftliche Konstellationen, die mit den Herausforderungen der Großen Transformation auch nur annähernd vergleichbar wären, sind äußerst selten. Sucht man nach Beispielen in der jüngeren Zeitgeschichte und entsprechenden wissenschaftlichen Untersuchungen dazu, stößt man auf bestimmte Zweige der Politikwissenschaft in den 1970er Jahren, die sich nicht ohne Grund bereits »Transformationsforschung« nannten. Ihr Gegenstand waren die politischen Systemänderungen in Ländern wie Griechenland, Spanien, Argentinien und Portugal, die sich dort nach langen Jahren der Diktatur durch politische Umstürze eingestellt hatten. Der plötzliche Wandel betraf allerdings allein das politische System und die Einführung von Demokratie, während die Ökonomie und die gewohnten Muster der Lebensführung weitgehend unangetastet blieben.

Etwas anders stellte sich dies nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und beim Systemwechsel in den Ländern des »realen Sozialismus« dar, der eine zweite Welle von »Transformationsforschung« einleitete. Damals sahen sich die postsozialistischen Gesellschaften mit der Notwendigkeit konfrontiert, das politische und das Wirtschaftssystem in einem Schritt zu verändern, mit direkten und indirekten Konsequenzen auch für Muster der Lebensführung. Konkret bedeutete dies, in einem Zug den Kapitalismus und zugleich eine Demokratie zu etablieren, obwohl der Kapitalismus bisher nirgendwo auf demokratischem Weg eingeführt worden war und seine Entstehung einer späteren Demokratisierung stets vorausgegangen ist. In einem berühmt gewordenen Aufsatz hat Claus Offe seiner-

zeit diese Zwickmühle beschrieben: »Marktwirtschaft kommt nur unter vordemokratischen Bedingungen in Schwung. Um sie zu fördern, müssen demokratische Rechte zurückgedrängt werden. Erst eine entwickelte Marktwirtschaft erzeugt die sozialstrukturellen Bedingungen für stabile Demokratie und ermöglicht soziale Kompromissbildung. Aber: Die Einführung der Marktwirtschaft in postsozialistischen Gesellschaften ist ein ›politisches‹ Projekt, das nur auf der Basis starker demokratischer Legitimation Erfolgsaussichten hat. Und weder Demokratie noch Marktwirtschaft werden unter Umständen als wünschenswerte Perspektive von der Mehrheit der Bevölkerung gewollt. Wenn alle diese Sätze gleichzeitig wahr sind, dann haben wir es mit einer Pandorabüchse voller Paradoxien zu tun, vor denen jede ›Theorie‹ des Übergangs versagen muss.«⁶

Insbesondere im Zuge seiner Entstehung ruft der Kapitalismus schwere soziale Verwerfungen hervor, weshalb er kaum auf demokratischem Weg eingeführt werden kann: Wenn er dort, wo er bisher nicht existierte, von öffentlicher Zustimmung abhängig ist, entscheiden sich die meisten dagegen. Nach 1990 war die Etablierung kapitalistischer Märkte jedoch politisch gewollt. Die neue Wirtschaftsordnung bedurfte in den Ländern des Postsozialismus daher einer gewissen Legitimation, für deren Beschaffung Demokratie aber gerade hinderlich war. Diese komplexe Situation, in der sich verschiedene Ziele gegenseitig im Weg stehen, bezeichnete Offe als »Dilemma der Gleichzeitigkeit«. Wenn sich Kapitalismus und Demokratie nicht nacheinander entwickeln, sondern im Gleichschritt entstehen, behindern sie sich gegenseitig.

Wie hemmend dieses Dilemma der Gleichzeitigkeit für die weitere Entwicklung der postsozialistischen Länder war, zeigte sich in den nächsten Dekaden. In Russland entstand unter Putins Herrschaft ein maföser Beutekapitalismus mit imperialen Zügen. Andere osteuropäische Länder opferten dem Nationalismus die Grundsätze liberaler Demokratien und verbanden neoliberale Wirtschaftspolitik mit autokratischer Staatsführung.

Die Ungewissheiten der Großen Transformation

Im Vergleich dazu scheinen die Umbrüche, die im Zeitalter der Klimakrise eine Große Transformation notwendig machen, zunächst weniger fundamental zu sein. Der gleichzeitige Wandel in »allen Systemen und Sektoren der Gesellschaft«, den der Weltklimarat fordert, betrifft weder die

6 Claus Offe, *Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa*. In: *Merkur*, Nr. 505, April 1991.

Einführung einer vollständig neuen Wirtschaftsordnung (was in diesem Fall gleichbedeutend mit der Abschaffung des Kapitalismus wäre) noch geht es ihm darum, das politische System der Demokratie durch ein anderes zu ersetzen. Weder der Kapitalismus noch die Demokratie sollen durch andere Systeme ausgetauscht werden. Was aber nicht das Ziel eines beabsichtigten Wandels ist, kann durchaus seine unbeabsichtigte Nebenfolge sein – bei den einen unerwünscht, bei anderen nicht.

Ob der Kapitalismus einen Abschied von der bedingungslosen Wachstumsökonomie überhaupt überstehen kann und fähig zur Nachhaltigkeit ist, ist eine offene Frage.⁷ Teile der Klimabewegung wie die Vertreter von De-growth oder des Ökosozialismus befürworten eine nachhaltige Wirtschaft jenseits des Kapitalismus, nehmen aber letztlich eine Minderheitsposition ein. Andere rechnen damit, dass der Kapitalismus unter der Last der Umweltzerstörung in eine finale Akkumulationskrise gelangt oder durch eine staatlich dirigierte ökologische »Kriegswirtschaft« ersetzt werden wird.⁸

Ebenso ungewiss ist das Schicksal der Demokratie. Die Große Transformation mit all ihrem Veränderungsdruck auf praktisch alle Gesellschaftsbereiche könnte eine neue Form von »Unregierbarkeit« hervorbringen, wie sie Ende der 1970er Jahre schon einmal von einer konservativ gestimmten Sozialstaatskritik diagnostiziert worden ist. Was damals als »Anspruchsinflation« gebrandmarkt wurde, könnte heute der Transformationsstress des ökologischen Umbruchs sein, der Demokratien an die Grenzen der Zustimmungsbereitschaft und ihrer Funktionsfähigkeit bringt. Auch in dieser Frage hört man Stimmen im Klimadiskurs, die anstelle eines denkbaren unbeabsichtigten Wandels lieber einen beabsichtigten hätten. Manche Wachstumskritiker sehen in der Demokratie geradezu die entscheidende Ursache der Klimakrise, da sie die Bürger nicht daran zu hindern vermag, ihre Wohlstandsansprüche immer weiter nach oben zu schrauben. Sie plädieren für eine Art ökologische Elitenherrschaft, welche die Bedürfnisse der Bürger bändigen soll. Dem korrespondieren zahlreiche Einschätzungen im politischen Raum, dass demokratische Politik aufgrund ihrer Abhängigkeit

7 Vgl. die Beiträge in Sighard Neckel/Philipp Degens/Sarah Lenz (Hrsg.), *Kapitalismus und Nachhaltigkeit*. Frankfurt: Campus 2022.

8 Zu den hier genannten Positionen vgl. Matthias Schmelzer u. a., *The Future is De-growth. A Guide to a World beyond Capitalism*. London: Verso 2022; Klaus Dörre, *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*. Berlin: Matthes & Seitz 2021; Jason W. Moore, *Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals*. Übersetzt von Dirk Höfer. Berlin: Matthes & Seitz 2019; Ulrike Herrmann, *Das Ende des Kapitalismus*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2022.

von Wahlen und ihrer Taktung in Legislaturperioden kaum in der Lage sei, eine ökologische Grundorientierung langfristig durchzuhalten und die gewaltigen Zeithorizonte des Klimawandels überhaupt zu erfassen.

Im Zeichen der Klimakrise könnten sich der Kapitalismus, der Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen und die Demokratie in die Quere kommen, und das eine könnte dem anderen geopfert werden. Das Dilemma der Gleichzeitigkeit kehrte nunmehr als Unvereinbarkeit gleich dreier Faktoren wieder, die sich nicht miteinander in Einklang bringen lassen. Zwar strebt die Große Transformation keinen Austausch der Systeme an, aber einen raschen Wandel in jedem einzelnen und dies in einer Bandbreite, von der die Transformationsforschung zum Postsozialismus noch nichts wusste. Wenn innerhalb eines Jahrzehnts die Wirtschaft auf Nachhaltigkeit verpflichtet werden soll, die politischen Institutionen auf Klimaschutz, die Infrastruktur emissionsfrei werden muss, die Lebensführung ressourcenschonend und suffizient, dann treten disruptive Veränderungen in einer Vielzahl, Tiefe und Kurzfristigkeit auf den Plan, die sich nicht störungsfrei akkordieren lassen. Zu Politik und Ökonomie gesellt sich noch Technik und Kultur – ein solches Programm von Umbrüchen stand bisher nirgendwo auf der Agenda.

Noch elementarer stellen sich die Umbrüche der Großen Transformation dar, wenn man bedenkt, dass all die geforderten raschen Veränderungen unser grundlegendes Verhältnis zur Natur betreffen. Bisher nahmen alle modernen Gesellschaftssysteme Natur als Rohstoff für sich in Dienst. Ihre Ausbeutung und Verwertung sollte den materiellen Fortschritt garantieren. Noch die moderne Vorstellung von Freiheit verdankt sich der Vorstellung, dass sie sich in der unbeschränkten Verfügung von Überfluss realisiert, den die Verwertung natürlicher Ressourcen bereitstellen soll.⁹ Nicht nur die technische, auch die mentale Infrastruktur wird sich ändern müssen, soll die Große Transformation gelingen. Der Wandel von kulturellen Selbstverständnissen und normativen Wertorientierungen aber braucht seine Zeit und ist noch weniger planbar als alle anderen Veränderungen im Klimajahrzehnt, da er weitgehend eigensinnig verläuft. Dadurch könnte ein »cultural lag« entstehen, der immer wieder hemmend auf die Große Transformation einwirken kann.

9 Pierre Charbonnier, *Überfluss und Freiheit. Eine ökologische Geschichte der politischen Ideen*. Übersetzt von Andrea Hemminger. Frankfurt: Fischer 2022.

Die Vormacht des Stückwerks

Bereits heute zeigt sich das ökologische Dilemma der Gleichzeitigkeit in nicht wenigen Episoden der aktuellen Klimapolitik. Als der »Expertenrat für Klimafragen« kürzlich das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung als unzureichend kritisierte, stellte er fest, dass die Klimaschutzmaßnahmen wie die »Bruchstücke eines Puzzles« wirkten, da »ein schlüssiges Gesamtkonzept« fehle.¹⁰ Das Dilemma der Gleichzeitigkeit im Klimajahrzehnt vermag zu erklären, warum ein solches »Gesamtkonzept« wohl jede Regierung vor schier unlösbare Probleme stellen würde und unablässig heftige Kontroversen hervortreiben muss. So kam jüngst auch eine soziologische Inspektion der zahllosen Streitereien in der Ampel-Koalition zu der Einschätzung, dass die Regierungskonflikte nicht weiter verwunderlich seien. Zu den zwei typischen Integrationsproblemen moderner Gesellschaften – der System- und der Sozialintegration – käme in Zeiten des Klimawandels mit der »ökologischen Integration« ein drittes hinzu, was im Dreierbündnis an der politischen Macht sein spannungsreiches Pendant finde.¹¹

Nehmen wir beispielsweise die Idee vom »grünen Kapitalismus« – ein Konzept, auf das sich die drei Koalitionsparteien wahrscheinlich noch am ehesten einigen könnten. Geschähe der Umbau der Wirtschaft unter der Prämisse, grünes Wachstum in Gang setzen zu wollen, würden Ressourcenverbrauch, Emissionen und Umweltbelastung viel weniger zurückgehen können, als es zur Abbremsung der Klimakrise notwendig wäre. Setzte man den Klimaschutz aber prioritär und verteuerte man die Energiepreise massiv, um fossile Brennstoffe aus dem Markt zu verdrängen, würde sich dagegen sofort Widerstand von großen Bevölkerungsgruppen regen, die durch hohe CO₂-Preise deutlich an Kaufkraft verlieren. Klimapolitik wäre Treiber einer zunehmenden Ungleichheit. Strebte man hingegen eine ökonomische Umverteilung an, die vor allem die Wohlhabenden und Reichen belastet, um wirksamen Klimaschutz zu finanzieren, würden die wirtschaftlich stärksten Interessen ihre ökonomische und politische Vetomacht einsetzen, um genau dies zu verhindern.

Das Dilemma der sozial-ökologischen Gleichzeitigkeit wird sich nicht auflösen lassen, wenn man meint, all die divergierenden Interessen gleicher-

10 Stellungnahme des Expertenrats für Klimafragen zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung vom 22. August 2023. Vgl. *Expertenrat kritisiert Klimaschutzprogramm der Regierung*. In: FAZ vom 23. August 2023.

11 Uwe Schimank, *Die drei Integrationsprobleme moderner Gesellschaften*. In: *Merkur*, Nr. 890, Juli 2023.

maßen berücksichtigen oder gar erfüllen zu können. Das Dilemma besteht ja gerade darin, dass dies kaum möglich sein wird, hängt man nicht Illusionen oder Wunschträumen nach. Der Ökonom und Sozialwissenschaftler Albert O. Hirschman hat einmal am Beispiel ärmerer Länder gezeigt, dass die Verwirklichung gleich mehrerer großer Entwicklungsziele auf einer folgenreichen Voraussetzung beruht.¹² Gesellschaften, die Wirtschaftswachstum und ebenso eine gerechte Einkommensverteilung erreichen wollten, könnten dies in der Regel nur nacheinander. Notwendig hierfür sei allerdings, dass große Bevölkerungsgruppen auch eine lange anhaltende Ungleichheit akzeptierten, da sie mit dem Vorrang des ökonomischen Wachstums die Hoffnung auf ihre eigene Besserstellung in der Zukunft verbinden.

Auch ein ökologischer Umbau, der Klimaschutz ohne einen gravierenden Einbruch der Wirtschaft und schwere soziale Verwerfungen erreichen will, muss darauf setzen, dass solche Hoffnungen auf eine bessere Welt zur Akzeptanz von Krisen und Veränderungsstress führen werden. Doch haben die Gelbwesten-Proteste in Frankreich ebenso wie hierzulande die Widerstände gegen die ersten Anläufe von Klimapolitik deutlich gemacht, dass auf solche Hoffnungen kein Verlass ist. Wenn es sich nicht ohnehin im Nichts ökologischer Ignoranz auflösen sollte, wird sich das Dilemma der Gleichzeitigkeit im Klimajahrzehnt aller Wahrscheinlichkeit nach in ein Nacheinander von einzelner Stückwerk verwandeln. Nicht die planvollen Absichten einer Großen Transformation dürften hierbei die Staffelung von Veränderungsschritten bestimmen, sondern die Durchsetzungschancen der machtstärksten Interessen. Für die Abwendung der Klimakrise wird dies nicht ausreichen.

12 Albert O. Hirschman, *Der »Tunneleffekt«. Unterschiede in der Erträglichkeit von Ungleichheit*. In: Ders., *Entwicklung, Markt und Moral. Abweichende Betrachtungen*. Übersetzt von Joachim Milles u. Hartmut Strahl. München: Hanser 1989.